

Infosheet

aus dem
EU-Verbindungsbüro Brüssel

Regionalpolitik: EU stellt für Österreich rund 1,1 Mrd. Euro bereit

Rund 325 Mrd. Euro (ca. ein Drittel des EU-Gesamthaushalts) will die EU im Rahmen ihrer Regionalpolitik in der neuen Finanzperiode 2014 bis 2020 für Europas Regionen und Städte bereitstellen. So sieht es der aktuelle Vorschlag der EU-Kommission (EK) vor, den das EU-Parlament gestern beschlossen hat und den nun noch die Mitgliedstaaten genehmigen müssen. Nach derzeitigen Berechnungen wird sich der österreichische Anteil auf rund 1,1 Mrd. Euro belaufen.

Im Mittelpunkt sämtlicher Förderungen stehen vier Ziele: Wachstum, Beschäftigung (v.a. Jugend), der Kampf gegen den Klimawandel und die Energiewende.

Der österreichische Europaabgeordnete Richard Seeber berichtet, dass für das Burgenland 65,3 Millionen Euro, für die anderen Bundesländer zusammen 818,8 Millionen Euro sowie für grenzüberschreitende Projekte im Rahmen der sogenannten "europäischen territorialen Zusammenarbeit" 225,1 Millionen Euro zur Verfügung stehen sollen.

Als Investitionsprioritäten nennt die Europäische Kommission:

Forschung & Entwicklung, die digitale Wirtschaft, kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) und eine klimafreundliche, „CO2-arme“ Wirtschaft.

Um den finanziellen Mitteleinsatz künftig effizienter zu machen, schlägt die EU-Kommission einen Maßnahmen-Mix aus verschärften Vergabebedingungen und leichterem Förderzugang vor: So müssen antragstellende Länder bzw. Regionen ihre Zielsetzungen klarer definieren und darlegen, anhand welcher Parameter sie den Erfolg ihrer Maßnahmen messen werden. Besonders erfolgreiche Programme können im Gegenzug mit zusätzlichen Mitteln rechnen.

Weitere Maßnahmen:

- Vermeidung von Überschneidungen und Doppelförderungen: bessere Koordination aller EU-Förderinstrumente (Fonds und einzelne Programme);
- Abbau von Bürokratie, Vereinheitlichungen und Vereinfachungen (z.B. einheitliche Abrechnungsvorschriften, mehr Einsatz digitaler Technologien...);
- mehr grenzüberschreitende Projekte & Förderung makroregionaler Strategien (z.B. auch der gerade im Aufbau befindlichen „Strategie für den Alpenraum“);
- enge Abstimmung mit den nationalen Reformplänen der einzelnen Mitgliedstaaten.

Weiterführende Informationen:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131118STO25517/html/EU-Regionalpolitik-Starthilfen-f%C3%BCr-die-Wirtschaft-vor-Ort>

